



### Österreich



#### Wahlen in Wien: Die SLP tritt an!

Im Oktober 2005 wird aller Voraussicht nach in Wien gewählt. Die Sozialistische Linkspartei wird zu diesen Wahlen antreten. Seite 2

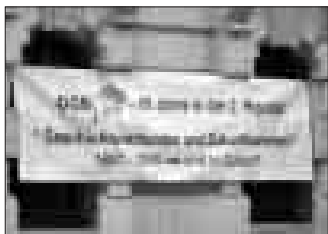
### Betrieb & Gewerkschaft



#### Gibt es einen Weg aus der Massenarbeitslosigkeit?

Über die Gründe für die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems und warum eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich notwendig ist. SEITE 3

### Schwerpunkt



#### Gedenkjahr 2005

Eine Bilanz der SLP zu 60 Jahren Österreich II. Über die "Stunde Null" und andere Mythen. Wer hatte die Kosten des "Wunders" zu tragen? Welche Rolle spielte der ÖGB? SEITEN 4/5

### Internationales



#### Irland: Türkische Arbeiter kämpfen für ihre Rechte

Die irische Socialist Party hat einen Skandal rund um einen Baumulti aufgedeckt und unterstützt die Arbeiter im Kampf für ihre Rechte. SEITE 7

# Widerstand lohnt sich!

## Frankreichs ArbeiterInnenklasse stoppt die EU-Verfassung!

*Das Europa der Banken und Konzerne musste in Frankreich einen schweren Rückschlag hinnehmen. Jetzt gilt es, nachzusetzen. Gewerkschaftliche Aktionen für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und die Rücknahme des Sozialabbaus sind notwendig!*

von Sonja Grusch, SLP Wien

Das Referendum am 29. Mai in Frankreich hat Europa erschüttert. Millionen Euro haben die Herrschenden in eine Pro-Kampagne gesteckt. Aber eine Mehrheit hat gegen die EU-Verfassung gestimmt. Ist das der Anfang vom Ende eines geeinten Europas?

ES GAB NIE  
EIN GEEINTES EUROPA

Die EU war und ist ein Wirtschaftsblock der nach innen und außen auftritt. Das Wirtschaftswachstum ist weltweit schwach. Gleichzeitig steigt die Überproduktion (gemessen an dem, was die Menschen sich leisten können, nicht daran, was sie brauchen). Die EU dient dazu, den europäischen KapitalistInnen auf dem Weltmarkt einen Vorteil gegenüber anderen zu verschaffen. Und damit diese Interessen im Ernstfall auch verteidigt werden können (und damit die Rüstungsindustrie verdient) verpflichtet die EU-Verfassung zu Aufrüstung und Beistand.

EU = EXTREM UNSOZIAL

Um international wettbewerbsfähig zu sein, muss kostengünstig produziert werden. Hierfür tritt die EU nach innen auf: nämlich als Werkzeug, um Sozialstaaten zu zerschlagen und Reallöhne zu senken. Die geplante EU-Verfassung beinhaltet weitere Privatisierungen im öffentlichen

Dienst, Post, Verkehr, Telekommunikation, Strom & Gas, aber auch Bildung und Gesundheit. Das schafft neue Gewinnmöglichkeiten. Dass dabei die PatientInnen draufzahlen, zeigen die Privatisierungen im britischen Gesundheitswesen. Die günstigen Routinebehandlungen werden privatisiert - und die Preise um bis zu 15% erhöht. Dem öffentlichen Gesundheitswesen bleiben die teureren Behandlungen und das steigende Defizit wird auf Kosten der PatientInnen reduziert.

ROT-GRÜN-ORANGE-BLAU-  
SCHWARZER EINHEITSBREI

Die Abstimmung zur EU-Verfassung in Österreich hat die Verwechselbarkeit zwischen den Parlamentsparteien gezeigt. Alle Parteien sind sich einig und haben - als wären wir alle dumm oder unmündig - am 11. Mai einfach für uns entschieden. Schlüssel argumentierte, die ÖsterreicherInnen wollen keine nationale Volksabstimmung, weil "52 Prozent der österreichischen Bürger sind für eine solche europaweite Volksabstimmung [sind], was ja auch heißt, dass damit eine nationale Volksabstimmung abgelehnt wird". Obwohl BZÖ-Haider in einer kurzen populistischen Aufwallung eine Volksabstimmung gefordert hatte und FPÖ-Strache vom "Verfassungsputsch" sprach, haben doch die VertreterInnen beider Parteien (mit Ausnahme der Rechtsaußen

Rosenkranz) der Ratifizierung im Parlament und der Verfassung selbst zugestimmt. Warum? Weil sie alle die Interessen der österreichischen KapitalistInnen vertreten - und die setzen auf die EU-Verfassung als Druckmittel gegen die österreichische ArbeiterInnenklasse. Die undemokratische Art, wie die Verfassung in einer Reihe von Staaten verabschiedet wird zeigt, dass es - entgegen vieler Behauptungen (z.B. Van der Bellen: "dass die Fundamente für eine europäische Demokratie tatsächlich gelegt werden.") - nicht um Demokratie geht, sondern um die Profitinteressen europäischer KapitalistInnen.

NEIN ZUM EUROPA  
DER KONZERNE

Als SozialistInnen lehnen wir die EU und die EU-Verfassung ab. Wir sind für ein vereinigtes, sozialistisches Europa, in dem nicht Profite, sondern die Bedürfnisse der ArbeiterInnenklasse im Vordergrund stehen. Wo es einen Mindestlohn von 1.100,- netto und einen garantierten Job für jedeN gibt, und nicht Hartz IV und Jobabbau. Unsere Ablehnung der EU ist grundsätzlich anders, als jene von rechten PopulistInnen und Rechtsextremen. Diese lehnen die EU aus rassistischen Gründen ab und/oder sie wollen das nationale Kapital stärken. Die ArbeiterInnenklasse ist ihnen nur als WählerInnen wichtig - tatsächlich stehen die Rechten für eine stärkere Aus-



beutung der ArbeiterInnenklasse. Für uns gibt es keine Gemeinsamkeiten mit rechten und nationalistischen EU-GegnerInnen. Wir treten für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa ein.

DAS ENDE DER EU?

Das "Nein" aus Frankreich ist für die herrschende Klasse in Europa eine Katastrophe. Frankreich ist einer der wichtigsten imperialistischen Staaten in Europa, das Ergebnis kann nicht ignoriert oder die Abstimmung einfach wiederholt werden. Die französische herrschende Klasse gerät zunehmend unter Druck. Um Massenproteste im eigenen Land zu verhindern, wird sie einen Schritt weg von der EU-Verfassung machen müssen. Auch in anderen Staaten ist der Ausgang der Referenden unsicher - v.a. in Britannien. Die EU wird dadurch geschwächt.

Das größte Problem dabei ist, dass die Gewerkschaften die Ablehnung der ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen diese EU (die Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Demokratieabbau bedeutet) nicht aufgreifen, sondern oft den Rechten überlassen. Der ÖGB schweigt bzw. stimmt im Parlament zu. Die EU wird an diesem Nein (noch) nicht zerbrechen. Aber es zeigt, dass die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse etwas bewegen können. Am 10. März waren in Frankreich rund eine Million ArbeiterInnen und Jugendliche für ihre Rechte auf der Straße. Das ist das Europa der Zukunft. Eines, wo wir uns nicht länger alles gefallen lassen, sondern uns wehren. Widerstand ist machbar. Bei Abstimmungen, in Schule und Betrieb und auf der Straße. Dieser Widerstand von ArbeiterInnen und Jugendlichen ist der Grundstein für ein neues Europa.

## Der Standpunkt

## Wenn Dich Deine Feinde loben ...

von Sonja Grusch



Am 22. Mai wurde Fritz 60 Jahre alt. Viele kamen zum Feste und dem Jubilar wurde von allen Seiten gehuldigt. Es war schön an diesem Abend und fast hätte man meinen können, dass sich wirklich alle lieb haben.

Aber Fritz ist nicht irgendwer, sondern heißt mit Nachnamen Verzetnisch und ist Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (der auch 60 wurde). Und als solcher sollte er sich fragen, was er falsch gemacht hat, wenn gerade jene, die tagtäglich Angriffe auf „seine“ Mitglieder fahren, ihn loben. Schüssel, verantwortlich u.a. für den Pensionsraub war ebenso da, wie der erzkonservative ÖVP-Khol und Wirtschaftskammer-Präsident Leitl, der die Senkung der Lohnnebenkosten (= Sozialabbau) fordert.

Das Fest drückt aus, dass sich der ÖGB immer noch an die Illusion der Sozialpartnerschaft klammert und hofft, Regierung und Unternehmen durch „gute Argumente“ überzeugen zu können. Der ÖGB und seine FunktionärInnen sehen sich gerne als staatstragend und konsensorientiert. Nur bedeutet das heute mehr als je zuvor, die Interessen der eigenen Mitglieder, von Millionen ArbeitnehmerInnen, zu verraten.

Die jetzige Regierung hat keine demokratische Legitimität. Wer schweigt dazu? Der ÖGB! Anstatt im Interesse der Beschäftigten dieser Regierung den Todesstoss zu versetzen und dabei die Pensionsreform und anderen Sozialabbau rückgängig zu machen, feiert man lieber gemeinsam mit dem Gegner.

Wobei die Frage bleibt: Wer ist denn nun eigentlich der Gegner? Bezüglich seines Einkommens spielt Verzetnisch in der Liga von Schüssel – während ihn monatlich tausende Euro von den Opfern der Regierungspolitik trennen. Seine Politik – Abbruch der Streiks 2003, Schweigen angesichts der Regierungskrise... – hat Schüssel mehr als einmal die Haut gerettet. Die einzige Form der Sozialpartnerschaft, die heute noch funktioniert ist der völlige Ausverkauf der Interessen der ArbeiterInnenklasse. Das will oder kann Verzetnisch nicht verstehen. Das salbungsvolle Gewäsch von Regierungspolitikern klingt aber auch netter, als die wachsende Kritik von unzähligen Gewerkschaftsmitgliedern, die eine kämpferischere ÖGB-Politik fordern. Es ist an der Zeit, dass die Basis Fritz endlich den Marsch bläst!

► sonja@slp.at

## Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733



SLP immer aktiv: Gegen radikale Abtreibungsgegner, bei gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen den Sozialabbau in Wien oder den Pensionsraub und gegen blau-orangen Rechtsextremismus

Vor allem Jugendliche mit etablierter Politik unzufrieden – Widerstand und linke Alternativen sind gefragt

# Wahlen in Wien: Die SLP tritt an!

von Michael Gehmacher, SLP Wien

Nun ist die Katze aus dem Sack: Die Wiener SPÖ will die Gunst der Stunde nutzen und beschließt Neuwahlen im Oktober. Schon im Jänner 2005 hat sich die SLP mit vorzeitigen Neuwahlen in Wien beschäftigt und in einer Resolution beschlossen bei den Wiener Wahlen anzutreten (siehe auch [www.slp.at](http://www.slp.at)).

## WARUM TUT SICH EINE JUNGE PARTEI DAS AN?

Hätte die SPÖ eine alternative Politik zur Bundesregierung – sie könnte es in Wien beweisen. Tatsächlich verschlechtert sich auch hier die soziale Situation zunehmend: Mieten und Tarife für Strom und Gas steigen. Die Sozialhilfe wurde 2004 gekürzt, der Zugang dazu verschlechtert. Schon jetzt spüren Beschäftigte im Sozial und Gesundheitsbereich, die Ausgliederung der MA 12 und der MA47 in den Fond Soziales Wien. Nach den Wahlen wird es hier enorme Kürzungsversuche geben. Zum Sozialabbau kommen die Verschlechterungen für MigrantInnen, etwa durch die Zerschlagung des MigrantInnenprojekts Echo.

Die Grünen präsentieren sich in dieser Situation als

„Wirtschafts- und UnternehmerInnenpartei“ (O-Ton Maria Vasilakou). Die Strache-FPÖ kämpft ums Überleben und bedient sich „Altbewährtem“. Ein rassistischer Wahlkampf, insbesondere gegen TürkInnen und SchwarzafrikanerInnen, ist zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund ist konkreter Widerstand, verbunden mit dem Aufbau einer marxistischen Partei, ein Gebot der Stunde. Wahlen sind für die SLP eine Möglichkeit zu zeigen, dass es Widerstand gegen soziale Verschlechterungen und sozialistische Alternativen gibt. Beides wollen wir stärken! Dazu braucht es in erster Linie aktive Menschen. Im Wahlkampf geht es daher vor allem darum, möglichst vielen Menschen Mut zu machen, mit uns aktiv zu werden.

## FÜR EINE NEUE ARBEITERINNENPARTEI!

In der heutigen Situation wäre eine Partei, die die Interessen der ArbeiterInnenklasse nicht nur vertritt, sondern den Unmut und den Widerstand bündelt und organisiert besonders wichtig. Vor allem viele junge Menschen – die erstmals heuer ab 16 wählen dürfen – haben die Nase voll von etablierten Parteien und sind gleichzeitig auf der Suche nach Alternativen. Selbst Al-

fred Gusenbauer und Christoph Schönborn geben sich inzwischen kapitalismuskritisch – nicht zuletzt weil immer mehr Menschen dieses System in Frage stellen. Wir glauben, dass es im Gegensatz zu SPÖ und Kirche eine Kraft braucht, die nicht an den kapitalistischen „Sachzwängen“ hängen zu bleibt und deshalb am besten ein sozialistisches Programm und antikapitalistische Positionen vertritt. Zur Zeit existiert keine Massenpartei, die ein solches Programm auch nur annähernd aufstellt. Eine neue ArbeiterInnen-Partei wird in Zukunft aus sozialen Kämpfen entstehen, dann wenn etwa bei Streiks und großen gesellschaftlichen Veränderungen viele Menschen die Notwendigkeit einer solchen neuen ArbeiterInnen-Partei erkennen.

## WELCHES WAHLBÜNDNIS..?

Aus dem Wunsch nach „Linker Einheit“ und nach einer Alternative zur krisengeschüttelten KPÖ wünschen sich viele AktivistInnen, dass wir in ein „linkes Bündnis-Projekt“ einsteigen. Für die SLP ist die Bündnisfähigkeit ein Bestandteil unserer sozialistischen Identität. Wir streben eine größtmögliche Einheit von ArbeiterInnen und Jugendlichen im konkreten

Kampf gegen Sozialabbau und rechte Hetze an. Die SLP steht für eine Bündniskandidatur, die einen Schritt in Richtung neuer ArbeiterInnenpartei darstellt. Einer Kandidatur in der AktivistInnen aus Betrieben, der kämpferischen Frauenbewegung usw. eine maßgebliche Rolle spielen. Ein solches Bündnis müsste über die bestehende linke Szene hinausgehen. Die SLP wird in den nächsten Wochen die Notwendigkeit dazu aufzeigen, und verschiedene AktivistInnen (etwa die Betriebsräte des Postbusses) auf ihre diesbezügliche Verantwortung hinweisen.

Eine linke Bündniskandidatur, die nur bestehende Gruppen zusammenfasst und sich va. auf die bestehende Linke orientiert, die mehr auf „Zivilgesellschaft“ als auf die Notwendigkeit von Klassenkämpfen orientiert, kann für die Entstehung einer neuen ArbeiterInnenpartei ein Hindernis sein. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

## SLP TRITT AN – HELFEN SIE MIT!

Ein neues klassenkämpferisches Wahlbündnis ist nicht in Sicht. Die SLP wird sich daher ihrer Verantwortung stellen und antreten. Unsere Kandidatur wird regional und the-

matisch an bestehende Kämpfe und Kampagnen anknüpfen. Ein zentraler Punkt wird die neoliberale Rolle der SPÖ in der Sozial-, Frauen-, Jugend- und MigrantInnenpolitik sein. Wir fangen dabei nicht bei Null an: Im Kampf gegen BfJ und FPÖ, gegen die radikalen Abtreibungsgegner und Sozialabbau waren wir in den letzten Jahren besonders aktiv und zum Teil auch erfolgreich. Viele Menschen, die mit uns in diesen Kampagnen aktiv waren, wollen wir für unsere Kandidatur gewinnen. Machen Sie mit!

## Noch eine Bitte in eigener Sache:

Das Wahlrecht sieht extrem undemokratische Hürden für junge Parteien vor: Für jeden Wiener Wahlkreis müssen 100 Unterschriften von Wahlberechtigten erbracht werden. Dem nicht genug, müssen die UnterstützerInnen die Unterschrift auf einem Bezirksamt leisten. Wir bitten Sie schon jetzt, sich in die Liste der UnterstützerInnen auf [www.slp.at](http://www.slp.at) einzutragen. Wir informieren Sie dann, wann und wo die tatsächliche Eintragung erfolgen kann. Gemeinsam können wir diese Hürde schneller nehmen und uns auf den eigentlichen Wahlkampf konzentrieren.

## TERMIN

Freitag, 10. Juni, Wien

DISKUSSION: „Die SLP tritt an – Machen Sie mit! Mach mit!“

SLP Wien-Nordwest, 19 Uhr, Peer Gynt, 20., Jägerstr. 38

## “Echte Arbeit, nicht wie ein Lehrling”

Ausbeutung statt Ausbildung: Ganze Arbeit für ein Drittel Lohn

Reinhard Rinner, Lehrstellensuchender, OÖ

In der Debatte um Bildung und Pisa-Studie wird übersehen, dass die meisten Jugendlichen ihre Ausbildung nicht in einer AHS, sondern in einer Lehre abschließen. Es wird nur erwähnt, dass die angeblich „dummen Berufsschüler und Schüler der Missgeburt Polytechnikum“ unseren tolen elitären Bildungsstandard in der Statistik drücken. Über die Situation dieser Jugendlichen schweigen sich die bür-

gerlichen Medien sowie die großen Parteien aus. Lehrlinge sollen unhaltbare Zustände wie chronischen Lehrstellenmangel, erhöhte Ausbeutung sowie Missbrauch (für Zwecke, welche nichts mit der Ausbildung zu tun haben) ertragen. Diese „Ausbildung“ ist völlig den privatwirtschaftlichen Interessen unterworfen.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit Schwarz-Blau enorm gestiegen. Zur Zeit haben österreichweit ca. 15.600 Lehrstellen-Suchende keine

Stelle. Die Wirtschaft bietet ihnen 1.800 Lehrstellen, die Lücke von 13.700 ist die größte seit dem Berufsausbildungsgesetz 1969.

Doch auch jene „Glücklichen“, die eine Lehrstelle gefunden haben, sind nicht zu beneiden. Die Lehre stellt in den meisten Betrieben den Billiglohnsektor dar. Der Lehrling ist durch Hungerlohn, geringere Rechte, seine niedrigere Stellung und universale Einsetzbarkeit (z.B. Kaffeeholen) eine kostengünstige Stütze für den Betrieb.

Natürlich gibt dieser das nicht zu. Also nörgelt der Chef lieber über die restlichen Absicherungen der Lehrlinge, um diese noch weiter aufweichen zu können.

Ich selbst bin aus der 6. Klasse Gymnasium ausgestiegen. Ich wollte in die Gastronomie. Ein Betrieb ließ mich (mit der Aufforderung, mich nach nichts anderem umzusehen) einen Monat warten und wies mich dann ab. Danach bekam ich eine Lehrstelle in einem Gasthaus, in dem ein Koch mit 2 Lehrlingen (ohne ausge-

bildeten Kellner!) den ganzen Betrieb führen wollte. Sein Lob, wir würden „echte Arbeit machen, nicht wie ein Lehrling“ war die Bestätigung seiner Ausbeuterei. Danach strich er uns die Trinkgelder! Kurz danach musste ich die Lehre wegen Diskrepanzen rund um die Arbeitszeiten aufgeben. Die SLP fordert:

- Für überbetriebliche Lehrwerkstätten, Ausbildung raus aus Unternehmerhand
- Ein garantierter Ausbildungsplatz für jede/n Jugendliche/n



# Massenarbeitslosigkeit: Die Geißel der Menschheit

*Trotz Reichtum, Kommunikation und Massenproduktion befindet sich unser Wirtschaftssystem weltweit in der Krise.*

von Gerhard Ziegler  
SLP Oberösterreich

Erhöhte Produktivität in den einzelnen Branchen durch den Einsatz modernerer Maschinen und rationellerer Arbeitsabläufe ermöglicht es, in kürzerer Zeit immer mehr zu produzieren. Diese an sich positive Entwicklung – die Produkte müssten billiger oder die notwendige Arbeitszeit kürzer werden – verkehrt sich in unserem profitorientierten Wirtschaftssystem jedoch ins Gegenteil: es gibt zu wenig Kaufkraft, um alle Produkte absetzen zu können. So entstehen Überkapazitäten, die Investitionen stocken und die Arbeitslosigkeit steigt massiv – in Österreich, in der EU sowie rund um den Globus. Es gibt bereits Regionen wo jede/r Vierte (manchmal sind es sogar mehr!) ohne Beschäftigung ist. Dieses Heer an Arbeitslosen ist den Herrschenden durchaus recht. Wer wird bereit sein, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verteidigen, wenn es heißt: „Wem es nicht passt, kann gehen. Es stehen genug andere vor der Tür!“ So erhöht sich der Druck auf die noch in Beschäftigung Stehenden. Zunehmender Stress am Arbeitsplatz und Angst, diesen nicht zu verlieren, schaffen gesundheitliche und psychische Probleme.

REGIERUNG OHNE KONZEPT –  
GEWERKSCHAFTSSPITZE OHNE  
ECHTE ALTERNATIVEN

Just am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der ArbeiterInnenbewegung (!), setzte sich die ÖGB-Spitze mit Vertretern der Wirtschaft und der Regierung zu einem sogenannten „Beschäftigungsgipfel“ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammen. Das Ergebnis:



Eine Milliarde - aufgeteilt auf die nächsten sechs Jahre - für die Forschung und 300 Millionen für den Ausbau der Infrastruktur sollen locker gemacht werden. Die Regierung Schlüssel zeigt damit klar, daß ihr an der Beseitigung der Rekordarbeitslosigkeit - sie hat heuer mit offiziell 360.000 den höchsten Stand seit dem 2. Weltkrieg erreicht - absolut nichts liegt. Mit diesen Maßnahmen (richtiger: Absichtserklärungen, denn über die Finanzierung und damit Realisierung wird noch heftig gestritten) sollen mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen werden? Wir glauben das nicht. Schließlich gibt es noch an die 300.000, die in keiner Statistik aufscheinen, aber Ar-

beit brauchen: Arbeitssuchende in Schulungsmaßnahmen, jobwillige Hausfrauen, SchulabgängerInnen, etc.. Der ÖGB fordert stattdessen Erhöhung der Massenkaufkraft und Notwendigkeit eines öffentlichen Investitionsprogramms. Zu bescheidene Ansätze, denn angesichts der Dimension der Rekordarbeitslosigkeit mehr als ungenügend. Vor allem aber sparen diese Konzepte eine wichtige Komponente aus: Wie sollen Forderungen gegen den Willen der Wirtschaft kampfflos umgesetzt werden?

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG  
BEI VOLLEM LOHN

In Wirklichkeit kann nur eine radikale Verkürzung der Ar-

beitszeit die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen. Die Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte können nur so aufgefangen werden. Wir fordern daher die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und vollem Personalausgleich. Das bedeutet, dass unter Kontrolle der Arbeitenden - Gewerkschaften und gewählte Betriebskomitees - entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit neues Personal eingesetzt werden muss. Auf diese Weise lässt sich verhindern, dass die Reduzierung der Arbeitsstunden durch eine Erhöhung der Arbeitsintensität ausgeglichen wird. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf auch zu keiner Reduktion des Lohnes führen. Diese „Vorleistung“ wurde uns bereits durch die ständigen Belastungen der letzten Jahre aufgezwungen. Wegen niedriger Lohnabschlüsse – um „die Wirtschaft“ wieder anzukurbeln, wie die Gewerkschaftsbürokratie nicht müde wurde, uns einzureden – und mehrerer Belastungspakete kam es zu einem immer größeren Auseinanderklaffen zwischen Lohnereinkommen und Einkommen aus Vermögen. Laut Sozialbericht 2003/2004 leben schon heute allein in Österreich 235.000 Menschen, bei denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht, um die eigene Existenz und die der Kinder zu sichern!

WIDERSTAND GEGEN DIE  
FLEXIBILISIERUNG

Eine Verkürzung der Arbeitszeit der Vollarbeitsplätze wird allerdings zu wenig sein. Zwei Drittel aller Beschäftigten leisten Überstunden, mehr als

300.000 arbeiten regelmäßig zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr, fast eine halbe Million leistet Schichtarbeit oder Turnusdienst, über eine halbe Million (meist Frauen) arbeiten Teilzeit und es gibt über 200.000 geringfügig Beschäftigte, vorwiegend Frauen, schreibt „Arbeit und Wirtschaft“, eine Zeitschrift, die von Arbeiterkammer und ÖGB herausgegeben wird. Auch hier müssen die Rahmenbedingungen durch eine Verkürzung der Normalarbeitszeit auf täglich sechs Stunden verbessert werden. Abweichungen dieser Norm können nur im Einvernehmen mit den Beschäftigten festgelegt werden - etwa Montagearbeiter oder Pendler, die einen langen Anfahrtsweg in die Arbeit haben, werden einen Arbeitstag von 8, 10 oder 12 Stunden vorziehen und dafür weniger Tage pro Woche arbeiten wollen. Für Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte muss der Grundsatz gelten, Überstundenzuschläge gibt es ab der ersten Stunde, die über die vereinbarte Zeit pro Tag gearbeitet wird. Damit wird der Anreiz unterlaufen, Vollarbeitsplätze durch mehrere – billigere – Teilzeitkräfte zu ersetzen, die im Bedarfsfall wie Vollarbeitende eingesetzt werden können (da derzeit Zuschläge erst ab der neunten Arbeitsstunde fällig werden). Sonntagsarbeit, Nachtarbeit, Überstunden müssen mit entsprechend hohen Zuschlägen versehen werden. Damit soll erreicht werden, daß diese Arbeiten für die Unternehmen weniger interessant werden, andererseits aber dort, wo sie notwendig sind, die erhöhte Belastung auch entsprechend

abgegolten wird.

DAS KRÄFTEVERHÄLTNISS IST  
ENTSCHEIDEND

Sind diese Forderungen illusionär? Wenn wir darauf vertrauen, dass wir uns mit einem Veit Sorger an einen Tisch setzen, der in seinem Interesse und dem seiner Wirtschaftsfreunde unter Beifall der Regierung eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, Entfall der Überstundenzuschläge und ähnliches proklamiert, werden unsere Forderungen unerfüllt bleiben. Überall, wo die Arbeitenden bereit sind zu kämpfen, gibt es zumindest Teilerfolge. Umgekehrt: Überall wo auf Klassenzusammenarbeit gesetzt wird, setzen sich mit Garantie die Wirtschaftsbosse durch. Beispiele dafür gibt es allein im europäischen Raum genug: Die französischen und italienischen Gewerkschaften konnten mit Arbeitsniederlegungen erfolgreich die 35-Stunden-Woche verteidigen. Die französischen EisenbahnerInnen haben durch ausgedehnte Streikmaßnahmen die Zerschlagung der Eisenbahn und folgenden Personalabbau bislang erfolgreich verhindert. In Griechenland konnte ein Quasi-Generalstreik die Privatisierung bislang erfolgreich stoppen.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG  
HISTORISCH & INTERNATIONAL

Für die Herrschenden war immer eine Welt zusammengebrochen, wenn die Arbeiterbewegung eine Verkürzung der Arbeitszeit erkämpfte: in Europa im 19. Jahrhundert auf 9 - 10 Stunden und im 20. Jahrhundert auf 8 Stunden. Wenn die Wirtschaftsbosse und Kapitalbesitzer jedoch ihre Betriebe schließen, „weil die Arbeitskosten zu hoch sind“, spricht: ihre Profitrate zu gering wird, gibt es ein einfaches Mittel dagegen: Besetzung des Betriebes und Fortführung unter ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung. Auch dafür gibt es Beispiele: in Europa neben der russischen Revolution am Anfang des 20. Jahrhunderts, Betriebsbesetzungen in Italien in den 20er-Jahren, in Spanien und Frankreich in den 30-ern und schließlich 1968 in Italien und Frankreich – und heute in Venezuela.

LITERATURTIPP

„Arbeitsplätze schaffen –  
Arbeitszeit verkürzen!“  
SLP (damals SOV), Wien 1998

DIN A5, 36 Seiten, EUR 3,- (inkl. Porto)

Betrag auf PSK 8812.733 überweisen,  
Adresse und Kennwort  
AZV-Broschüre nicht vergessen!

## ÖBB: Regierung plant weitere Kürzungen

*Kampf um Erhaltung von Regionalbahnen steht bevor!*

von Franz Breier jun.,  
SLP Wien

Die nächste Runde in der Zerschlagung des öffentlichen Verkehrs ist eingeläutet. Verkehrsstaatssekretär Kukacka (ÖVP) kündigte an, mittels „Verlängerung“ bis zu 37 ÖBB-Strecken schließen zu lassen. Verlängerung bedeutet die Übertragung der Finanzierung der Regionalbahnen vom Bund zu den Ländern. In Zeiten wachsender Ausdünnung der Landesbudgets wird dies für die jeweiligen Landesregierungen eine willkommene

ne Möglichkeit sein, das Geld vom Bund einzubehalten. NÖ scheint das schon kapiert zu haben: Alle Strecken sollen übernommen und ein erheblicher Teil davon eingestellt werden. Die Verlängerung ist ein Bestandteil der bevorstehenden Privatisierungswelle. Kukacka in einer APA-Pressemitteilung: „Die Länder könnten dann selbst entscheiden, welche Schienen sie aufrechterhalten wollen und wen sie mit dem Betrieb dieser Strecken beauftragen wollen.“ Wahrscheinlich nimmt die Regierung diese Umwälzung

auch zum Vorwand, die SchülerInnen- und Lehrlingsfreifahrten (jährlich 335 Mio. Euro aus dem Familienlastenausgleichsfonds) zu kürzen. Die „Verlängerung“ brächte mehr Belastungen für pendelnde ArbeitnehmerInnen, eine Rechtfertigung für weiteren Personalabbau sowie eine stärkere Feinstaub-Belastung durch mehr KFZ-Abgase. Beispiel Mühlkreisbahn (OÖ): Diese Regionalbahn wird von 1,7 Mio. Fahrgästen pro Jahr benutzt. Darin steckt ein großes Potential an mobilisierbarem Widerstand.



# Einmal Sozialstaat und zurück

*Gedenkjahr 2005: Wie durch ein Wunder soll Österreich zur Insel der Seligen geworden sein. Das Wunder wurde allerdings von der ArbeiterInnenklasse des Landes bezahlt.*

Von Harald Mahrer, SLP Wien

Viele Menschen in Österreich sehnen sich nach der guten alten Zeit. Damals – so ab den 50er Jahren und erst recht in den 70ern – sei alles immer nur besser geworden. Die Kinder hatten mehr vom Leben zu erwarten als man selbst – und das war Grund zur Freude. Doch was ist mit der guten alten Zeit gemeint? Wer schuf den Wohlstand, wer profitierte von dieser Leistung und: Warum konnte es nicht einfach so bleiben?

## WIEDERAUFBAU...

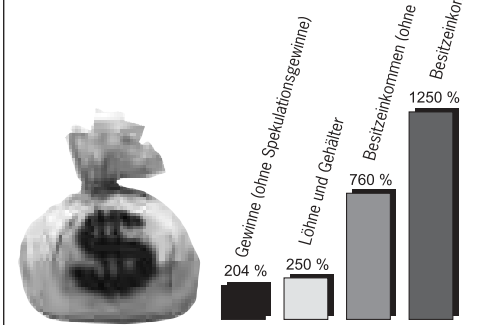
Die Versorgungslage verschlechterte sich nach Kriegsende dramatisch. Dies war vor allem dem Umstand zuzuschreiben, dass nunmehr keine von der Wehrmacht in besetzten Ländern geraubte Lebensmittel und Güter nach Deutschland bzw. Österreich gebracht wurden. Ohne diesen Raubzug, wäre die Versorgung bereits wesentlich früher zusammengebrochen. Das wesentliche Problem des Kapitalismus in Österreich zur damaligen Zeit war der massive Kapitalmangel. Kapital für den kapitalistischen Wiederaufbau musste also herbeigeschafft werden. Dies konnte nur durch eine drastisch erhöhte Ausbeutung erfolgen – sprich durch die Verhinderung „überzogener“ Löhne. Die am Boden liegende österreichische Kapitalistenklasse konnte dies nur gemeinsam mit den Gewerkschaften durchsetzen: Die Sozialpartnerschaft war geboren. In fünf sogenannten Lohn-Preis-Abkommen wurden Löhne und Preise für Güter des täglichen Bedarfs – zuungunsten der ArbeiterInnenklasse - geregelt. Die arbeitenden Menschen, die ohnehin am stärksten von der schlechten Versorgungslage betroffen waren, bezahlten auf diese Weise für den „Wiederaufbau“ noch zusätzlich. So erreichte die Produktion pro Kopf der österreichischen Industrie bereits 1949 das Niveau von 1937, gleichzeitig blieben aber die Löhne noch das ganze Jahr 1951 etwa 18% unter dem Niveau von 1937.

## ... UND WIRTSCHAFTSWUNDER

Was heute lediglich als gemeinsame Kraftanstrengung eines „fleißigen“ Volks dargestellt wird, bedeutete in Wahrheit hohe Ausbeutungsraten und einem aufgezwungenen Konsumverzicht auf Seiten der ArbeiterInnenklasse, sowie beträchtliche Profite auf Unternehmerseite. Darüber hinaus ist das „Wirtschaftswunder“ auch äußeren Faktoren geschuldet, die an sich wenig mit der Arbeitsamkeit der österreichischen Bevölkerung zu tun hatten. Die wesentlichste Rahmenbedingung für das spätere Wirtschaftswunder stellte der nach dem zweiten Weltkrieg einsetzende weltweite und langfristige Wirtschaftsaufschwung dar. Nach den massiven Zerstörungen, die der Krieg hinterlassen hatte, ging es mit Hilfe von zumeist US-amerikanischem Kapital rasch aufwärts. Im Zuge des „Kalten Krieges“ versuchten die USA ab 1947, Österreich in den Westen zu integrieren und

pumpten rund 1,5 Milliarden US-Dollar (nach damaligen Preisen) in die Österreichische Wirtschaft. Die industrielle Basis für den Wiederaufbau des Kapitalismus in Österreich schuf schon das NS-Regime wesentlich unterstützt durch den Einsatz von ca. 700.000 ZwangsarbeiterInnen. Diese Industrien wurden zum größten Teil verstaatlicht, allerdings nicht mit dem Ziel eine alternative Wirtschaftsform aufzubauen, sondern im Wesentlichen um diese Industrieanlagen der Enteignung durch die Alliierten zu entziehen – privates Kapital zur Übernahme dieser Betriebe war schlicht nicht in ausreichendem Ausmaß vorhanden – und um den kapitalisti-

## Entwicklung der Einkommen von 1960 bis 1997 inflationsbereinigt



schon Aufbau staatlich gelenkt zu subventionieren. Zwischen 1948 und 1951 flossen 32% der Marshallplan-Gelder in die VOEST, die durch staatlich niedrig gehaltene Stahlpreise den Aufbau der mittelständischen Privatwirtschaft subventionierte. Die zwischen 1950 und 1968 auf diesem Wege in die Privatwirtschaft gepumpten Mittel werden auf 8,5 Milliarden Schilling geschätzt. Damit waren die 3 Grundsäulen des „Wirtschaftswunders“ geschaffen: Eine industrielle Basis, massive Kapitalzufuhr in Kombination mit der zunehmenden Integration in den aufstrebenden Weltmarkt und eine erhöhte Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse.

## DER SOZIALSTAAT

Ein zentraler Punkt in der Erklärung der „die guten, alten Zeit“ ist der sogenannte Sozialstaat, der sich unter Federführung der Sozialpartnerschaft in den 1950ern zu entwickeln begann. Dies wird als Erfolgsgeheimnis des österreichischen Kapitalismus gepriesen. Ganz so sozial war diese Entwicklung nicht: Die Einkommen aus Besitz (Zinsen, Aktien, Vermietung, etc.) stiegen von 1960 bis 1997 auf das 12,5-fache, wären etwa die Reallöhne lediglich auf das 2,5-fache zulegt. Und ganz so partnerschaftlich kam all das auch nicht zustande.

Im Zuge der Lohn-Preis-Abkommen, den Vorläufern der verfestigten und institutionalisierten Sozialpartnerschaft, kam es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen der österreichischen ArbeiterInnenklasse und dem politischen und wirtschaftlichen Establishment.

Schon beim 3. Abkommen kam es zu einer Streikwelle, beim 4. Lohn-Preis-Abkommen kam es schließlich im Rahmen des Oktoberstreiks 1950 zum Showdown. Das österreichische Kapital war selbst noch zu schwach, um mit einem Generalstreik umzugehen und musste sich auf die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verlassen. Diese leisteten ganze Arbeit. Sie stilisierten die Auseinandersetzung zu einem „kommunistischen Putschversuch“ hoch und mobilisierten Mitglieder vor allem der Bau-Holz-Gewerkschaft als gewaltsame Sturmtruppen gegen Streikende. 30 Jahre später schrieb Fritz Klenner, der Erfinder der „Putschthese“, „Diese These lässt sich nach heute aufgrund gewissenhafter Untersuchungen nicht aufrechterhalten.“ Seiner – richtigen – Einschätzung nach, hätte ein Erfolg des Generalstreiks im Oktober 1950 nicht einen Putsch, sondern eine „radikal ausgerichtete Gewerkschaftspolitik“ zur Folge gehabt. Damit fasst er prägnant zusammen, worum es in diesem Frühherbst des Jahres 1950 wirklich ging: Um die künftige – klassenkämpferische oder sozialpartnerschaftliche – Ausrichtung des ÖGBs. Die Niederlage der kämpfenden ArbeiterInnen machte den Weg frei für die Anpasslerische und staatstragende Rolle des Gewerkschaftsbundes für die nächsten Jahrzehnte. Den vollen Preis für diese Niederlage sollten erst jene Generationen der ArbeiterInnenklasse bezahlen, die sich einer Situation des Niedergangs des Sozialstaats gegenüber fanden.

Lange Zeit konnten tatsächlich auf dem Verhandlungstisch noch Fortschritte für die ArbeiterInnenklasse errungen werden, auch wenn die Sozialpartnerschaft nicht, wie manchmal verkündet, die Klassengegensätze aufhob, sondern lediglich von der Straße in die Institutionen verlegte. Drei Faktoren waren für den damaligen „Erfolg“ dieses System verantwortlich: Erstens ein langanhaltender Wirtschaftsaufschwung von den 1950ern bis in die 1970er-Jahre, der in vielen anderen europäischen Staaten – kombiniert mit einer kämpferischen Strategie - gewerkschaftliche Erfolge ermöglichte von denen auch die österreichische ArbeiterInnenklasse profitierte. Zweitens die Systemkonkurrenz, die es geopolitisch notwendig machte, entlang des eisernen Vorhangs im Westen einen hohen Lebensstandard zu garantieren. Und drittens die potentielle Stärke dieser österreichischen ArbeiterInnenklasse im Verhältnis zur noch immer relativ schwachen heimischen Bourgeoisie. Trotz aller Errungenschaften dieser Zeit blieb die Lohnentwicklung – bis auf wenige Ausnahmehjahre – stets hinter der Produktivitätsentwicklung zurück.

## WARUM KONNTE ES NICHT EINFACH SO WEITERGEHEN?

Mit Mitte 1970er Jahre begann die Weltwirtschaft zu stottern und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. Waren die durchschnittlichen Wachstumsraten der

österreichischen Wirtschaft von 1945 bis 1975 noch bei über 4%, liegen sie seit 1976 gerade noch über der Hälfte dieses Wertes - bei mageren 2,3%. Deutlichstes Zeichen der veränderten Bedingungen war und ist die strukturelle (Massen-)Arbeitslosigkeit ab dem Ende der 1970er, die seit dem ein wachsendes Problem darstellt. Die Lohnentwicklung brachte in den 1970ern zum einzigen Mal in der Nachkriegsgeschichte eine echte Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen – auch wenn die Lohnschere vor allem zu Lasten von Frauen weiter auseinander ging. Kreiskys Reformpolitik war – entgegen heutiger Verklärungen – ein Ergebnis einer in Wahrheit europäischen Entwicklung. In den 70er Jahren hatte sich durch verschiedene Massenbewegungen (Frankreich 1968, Sturz der Militärdiktaturen in Portugal und Griechenland, ...) das Kräfteverhältnis auf internationaler Ebene zugunsten der ArbeiterInnenklasse verändert.

## ARBEITERINNEN SOLLTEN FÜR KRISE BEZAHLEN

Mitte der 1980er gingen dem gegenüber die Unternehmer in die Offensive: Die ArbeiterInnenklasse sollte verstärkt für die Folgen der kapitalistischen Krise bezahlen. Erstens Opfer war die Verstaatlichte. Eine Privatisierungswelle und damit einhergehend massiver Jobverlust und Abbau von sozialen Errungenschaften für die Restbelegschaften wurde von der großen Koalition unter Vranitzky eingeleitet und erste Sparpakete geschnürt. Das Kräfteverhältnis in der österreichischen Gesellschaft begann sich zuungunsten des Kapitals zu verändern. Eine durch die Sozialpartnerschaft lange künstlich aufgewertete und in weiterer Folge auch durch internationale Ereignisse und „Trends“ (Zusammenbruch des Stalinismus, neoliberale Offensive, Europäische Integration/EU-Beitritt ...) motivierte Bourgeoisie, fühlte sich plötzlich stark. Stark genug jedenfalls um sich von einer kampftätigen ArbeiterInnenklasse „zurückzuholen“ was sie in den Jahren des Aufschwungs „hergegeben“ hatte: Die Verstaatlichte, gewerkschaftliche und soziale Rechte. All das traf nicht auf den notwendigen Widerstand der Gewerkschaften, deren Spitze weiter das „Gesamtwohl des Staates“, will heißen der Kapitalisten, vor die Interessen ihrer Mitgliedschaft stellte. Während Massendemonstrationen gegen die Zerschlagung der VOEST, sowie massive Unmutsbekundungen gegen die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten (Samstagsöffnung und 8. Dezember) Kampfbereitschaft bewiesen, verzichtete die ÖGB-Bürokratie auf eine Neuorientierung und hielt sich an ihren Positionen im Staat fest. Was folgte war die Zerschlagung des Sozialstaats mittels zwei Sparpaketen in den 90er Jahren durch eine SPÖ-geführte Regierung. Die politische Frustration von Hunderttausenden ArbeitnehmerInnen nicht zuletzt hervorgerufen durch das Stillhalten der Gewerkschaften gegenüber den Sparpaketen



machte die rechtsextreme FPÖ zeitweise zur stärksten Wahlpartei der österreichischen ArbeiterInnen. Schwarz-Blau markierte schließlich deutlich sichtbar das Ende der „2. Republik“ – Sozialpartnerschaft und sozialstaatliche Erkenntnisse wurden quasi offiziell entsorgt.

ES GIBT KEIN ZURÜCK, ABER EIN „VORWÄRTS“!

Dass heute noch bei Umfragen die Sozialpartnerschaft gut abschneidet, hängt stark mit den Mythen zusammen, welche die ÖGB-Spitze selbst über diese verbreitet. Entscheidend ist allerdings, dass es kein Zurück zu dieser Zeit gibt: Unternehmer und Regierungspolitik die heute versuchen Gewerkschaften mit ins Boot zu holen, planen immer Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen! Sozialpartnerschaftliche Konzepte kommen daher in Zeiten kapitalistischer Krise automatisch einer gewerkschaftlichen Kapitulation gleich: Die Liste von dem was alles in den letzten Jahren abgeschafft und gestrichen worden ist, gibt vor allem Aufschluss darüber, dass ohne Widerstand einfach weiter gemacht wird. Die Massenstreiks vor allem 2003 (über 10.000.000 Streikstunden!) haben allerdings auch bewiesen, dass es prinzipiell anders gehen könnte und dass die „gute, alte Zeit“ endgültig vorbei ist. Neben der nötigen Konsequenz der Gewerkschaften mit der sozialpartnerschaftlichen Vergangenheit wirklich zu brechen, fehlen allerdings bis heute auch politische Alternativen der ArbeiterInnenbewegung. Die SLP kämpft deshalb – leider als derzeit einzige politische Kraft in Österreich – für eine neue ArbeiterInnenpartei. Ausgestattet mit einem sozialistischen Programm könnte eine solche Partei der neoliberalen Logik tatsächlich etwas entgegenstellen und den österreichische Kapitalistenklasse herausfordern.

Quellen:

„Mythos Wirtschaftswunder und Aufbaugeneration: Wir haben es aus eigener Kraft geschafft“, Projekt „Mythen der Ökonomie“ des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGE-WUM), auf <http://no-racism.net/article/994/>

„Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich“, Alois Guger, Markus Marterbauer, WIFO, in Sozialbericht 2003-2004, Sozialministerium, auf [www.bmsg.gv.at](http://www.bmsg.gv.at)

„1950 - Der große Oktoberstreik. Putsch oder Aufstand der österreichischen ArbeiterInnen? Die Lehren aus einer schmerzlichen Niederlage.“, Sozialistische Linkspartei, Wien, 2000, Bestellungen auf [www.slp.at](http://www.slp.at) möglich.

# Die Stunde Null und andere Mythen

von John Evers, SLP Wien

„Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten: Glaubt an dieses Österreich!“ – dieser Satz aus der Weihnachtsansprache 1945 des damaligen Bundeskanzler Leopold Figl, drückte nicht nur die echte Notlage großer Teile der damaligen, österreichischen Bevölkerung aus. Er steht bis heute für den Mythos eines angeblich völlig am Boden liegenden Landes, welches sich in der Folge lediglich durch einen klassenübergreifenden Kraftakt selbst empor arbeiten konnte.

„ES WAR JA NIX DA“

Die Voraussetzungen des österreichischen Kapitalismus 1945 waren grundlegend anders und deutlich besser als 1918. Während der Zusammenbruch der Monarchie den Wegfall traditioneller Märkte, Einflussphären und wichtiger Industriegebiete in Böhmen bedeutete, hatte die Nazis eine Art „Modernisierung“ der österreichischen Wirtschaft eingeleitet. Nicht zuletzt durch Terror, Arisierung und Zwangsarbeit waren der Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen „strukturbereinigt“ und moderne Großindustrien vor allem in Ober- und Westösterreich im Rahmen der deutschen Kriegswirtschaft aufgebaut worden. Gemeinsam mit dieser „Westverschiebung“ der Industrie änderte sich die österreichische Exportstruktur – vor allem Richtung Deutschland. An diese Entwicklung schlossen in weiterer Folge der Marshallplan und die Westintegration der 2.Republik – im Rahmen des weltweit einsetzenden Nachkriegsaufschwunges - direkt an. Lediglich die schnelle Verstaatlichung – nicht zuletzt um die Beschlagnahme der Anlagen als deutsches Eigentum zu verhindern – bedeuteten hier einen gewissen Bruch in der ökonomischen Struktur des Landes nach 1945. Wesentlich deutlicher wäre dieser allerdings durch die Enteignung der nach Kriegsende noch vorhandenen österreichischen Kapitalistenklasse ausgefallen, die schon vor 1938 zu den treibenden Kräften des Anschlusses an NS-Deutschland ge-

hörte. Ebenso hätten solche Enteignungsmaßnahmen alle treffen müssen, die von Arisierung, Sklavenarbeit und Verfolgung – in welcher Form auch immer – direkt profitiert hatten; bei gleichzeitiger Entschädigung der Opfer im Rahmen eines sozialistischen und demokratischen Wiederaufbauplanes.

RADIKALER BRUCH ERFOLGTE NICHT

1945 gab es in Österreich noch ca. 10.000 Jüdinnen und Juden (1938: 206.000), aber 536.000 registrierte - ehemalige - Nationalsozialisten. Rund 100.000 ÖsterreicherInnen waren aus „rassischen“ oder politischen Motiven ermordet worden – alleine in den ersten Wochen nach dem „Anschluss“ hatten SS und Gestapo 50.000 bis 70.000 politische GegnerInnen inhaftiert. Statt einem radikalen Bruch, setzte das kapitalistische Nachkriegsösterreich hier realpolitisch auf Kontinuität: Nur rund 2.000 Personen wurden von „Volksgerichten“ wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen verurteilt, davon erhielten lediglich 341 Personen Strafen im oberen Bereich. 1950 kam die Tätigkeit dieser Gerichte fast völlig zum Erliegen, im selben Jahr meldete beispielsweise die Israelitische Kultusgemeinde, dass seit 1945 lediglich 6.514 Personen aus dem Exil zurückgekommen waren. Schon kurz davor hatten die „Ehemaligen“ wieder das Wahlrecht erhalten und wurden von allen Parlamentsparteien heftig umworben.

VERPASSTE CHANCE?

Die Voraussetzungen 1945 tatsächlich einen „Neubeginn“ zu erringen waren zweifellos beschränkt: Zwei – ungleiche – faschistische Diktaturen hatten die ArbeiterInnenbewegung und vor allem ihre revolutionären Teile zwischen 1934 und 1945 enorm geschwächt. Die Befreiung vom Faschismus erfolgte nicht durch Partisanenkampf oder Massenstreiks, sondern durch die Alliierten - also von außen. Der Sturz des Kapitalismus stand deshalb in Österreich – im Gegensatz zu anderen Teilen Europas (z.B. Grie-

chenland, Jugoslawien, mit Einschränkungen auch Italien) nicht unmittelbar auf der Tagesordnung. Vor allem auch deshalb, weil der von SPÖ, ÖVP und KPÖ 1945 verbreitete antifaschistische Grundkonsens tatsächlich nur konsequent auf den kapitalistischen „Wiederaufbau“ abzielte – und nicht auf die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus (und seinem Wegbereiter, dem Austrofaschismus). Antikapitalistisches Potential war allerdings in der österreichischen Gesellschaft durchaus vorhanden: Bis 1950 entlud es sich nicht nur in mehreren Streiks gegen die sozialen Folgen des „Wiederaufbaus“, sondern zeigte sich etwa auch im vergleichsweise guten Abscheiden der KPÖ – trotz sowjetischer Besetzung und Stalinismus. Nicht zuletzt existierte in der SPÖ damals ein linker Flügel der zumindest eine klare ideologische Opposition gegen den Kapitalismus ausdrückte und sich zuweilen am deutlichsten gegenüber den ehemaligen Nazis positionierte. 1945/46 wurde beispielsweise noch auf SPÖ-Plakaten der Austausch von Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gegen die, sich in Österreich befindenden, Nazis gefordert. Zu solchen klaren Worten sollten sich in den kommenden Jahrzehnten sozialpartnerschaftlicher Harmonie nur mehr wenige politische Kräfte durchringen – die Chance auf einen echten Neubeginn war nicht ergriffen worden.

NIE WIEDER FASCHISMUS. NIE WIEDER KRIEG.

War Österreich Opfer von Nazi-Deutschland? Welche Lehren sind aus dem Februar 1934 zu ziehen? Warum ziehen sich braune Fäden bis heute durch die Geschichte? Waren Weltkrieg und Holocaust das Ergebnis der Psychosen eines Mannes? Sozialistische Antworten.



**LITERATURTIPP**  
Zu bestellen auf [www.slp.at](http://www.slp.at)  
oder EUR 4,- (inkl. Porto) auf PSK 8812.733 einzahlen.  
Name, Adresse und KW "Gedenkjahrschüre" nicht vergessen

# 60 Jahre ÖGB – 60 Jahre für Österreich!

Das Jahr 2005 steht im Zeichen eines „Gedenkjahres“. 50 Jahre Staatsvertrag, 60 Jahre Ende des 2. Weltkriegs, Republikgründung und der ÖGB feiert 60 Jahre seines Bestehens. Aber ist es tatsächlich eine Erfolgsstory, wie uns die offizielle Führung des ÖGB glauben machen will? Eine kritische politische Bilanz über die Gründung des ÖGB.

von Ali Kropf, SLP Wien



1950 prügeln Bau-Holz-Gewerkschafter gegen Streikende und setzen so die anpasslerische ÖGB-Politik gegen die BefürworterInnen eines kämpferischen Kurses durch.

In der Zwischenkriegszeit (=1. Republik) gab es in Österreich keinen überparteilichen Gewerkschaftsbund. Jede politische Partei und Richtung hatte ihre eigenen Gewerkschaften. Die mit Abstand größten waren die „Freien Gewerkschaften“ der Sozialdemokratie. Daneben gab es auch noch jene der „Nationalen“ und schließlich auch der „Christlichsozialen“ – den späteren Austrofaschisten.

„KONSENSPOLITIK“ STATT KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTEN

In seiner Geschichte versucht nun der ÖGB die Überparteilichkeit als große Errungenschaft zu verkaufen. Zweifelsohne ist es für die Stärke von Gewerkschaften ihr „Organisationsgrad“ von großer Bedeutung. Darunter ist zu verstehen, viele ArbeiterInnen, Angestellte, BeamtenInnen usw. in einer Gewerkschaft organisiert sind. Auch klar ist, dass dieser Organisationsgrad in einem zusammengefassten Verband höher ist, als bei nach politischen Richtungen aufgesplitteten Gewerkschaften. Trotzdem ist der Organisationsgrad nicht gleich zu setzen mit der „Kampfkraft“ von Gewerkschaften. Die bestimmt sich hauptsächlich durch die Bereitschaft die Interessen der Mitglieder auch durch gewerkschaftliche Kampfmittel, wie etwa Streiks, auszutragen.

UNDEMOKRATISCH VON BEGINN AN

Alles begann im April 1945. Als die letzten Kämpfe um Wien noch tobten, trafen sich Vertreter von SPÖ, KPÖ und ÖVP in Wien zusammen und gründeten den ÖGB als gemeinsamen, überparteilichen gewerkschaftlichen Dachver-

band. Als nächstes folgte der Aufbau von Strukturen und eines Apparates. Die „einfachen“ Mitglieder – also die ArbeiterInnen und Angestellten – hatten allerdings von Anfang an, kaum bis gar keine Möglichkeiten auf die Gestaltung des ÖGB Einfluss zu nehmen. Erst als das Gerüst und die politische Ausrichtung feststanden, wurde DREI JAHRE (!) nach der Gründung 1948 der erste ÖGB Kongress abgehalten. Dieses „Demokratieverständnis“ hat sich ungebrochen bis heute gehalten. Die Bürokratie agiert, schließt faule Kompromisse am Verhandlungstisch und die Gewerkschaftsmitglieder werden nicht einmal um ihre Zustimmung gefragt. Das hatte aber auch ganz reale Ursachen. Einerseits entsprach es schon in der Zwischenkriegszeit dem Selbstverständnis der Sozialdemokratie, stellvertretend für die ArbeiterInnenklasse zu „denken“ und handeln. Andererseits war es mitunter der „Verdienst“ des ÖGBs zu dieser Zeit, die Forderungen der Arbeiterklasse niedrig zu halten und sie vor radikalen Ansichten zu „schützen“. Dazu aus der Rede des ehemaligen Austrofaschisten und damaligen ÖVP Bundeskanzler Leopold Figl am 1. ÖGB Kongress: „Die Stimmen der Furcht sind unbegründet. Sie stützen sich darauf, dass in einzelnen Staaten viele

glauben, den Weg in einer anderen Form gehen zu sollen. Aber die überparteiliche Zusammensetzung der österreichischen Gewerkschaft und die demokratische Führung des Gewerkschaftsbundes geben die Gewähr dafür, dass die demokratischen Methoden und die demokratischen Einrichtungen in Österreich auch in aller Zukunft erhalten bleiben. (Lebhafter Beifall).“

Zugespißt können wir damit festhalten, dass der ÖGB am „Reißbrett“ des beginnenden Kalten Krieges entworfen wurde.

DER ÖGB ALS ANTIKOMMUNISTISCHE „SPEERSPITZE“

Mit dem Ende des 2. Weltkriegs erschütterte abermals eine revolutionäre Welle das vom Krieg gebeutelte Europa. In Folge der Erfahrungen mit dem Faschismus, war der Glaube in den Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsform auch unter weiten Teilen der österreichischen Bevölkerung gebrochen. Selbst bürgerliche Politiker mussten kapitalismuskritische Töne anstimmen, wenn sie sich nicht vor der Bevölkerung diskreditieren wollten.

Der ehemalige sozialdemokratische Sozialminister Karl Maisel brachte es am ÖGB Kongress

1948 folgend auf den Punkt: „Die Erkenntnis, dass nicht die Menschen der Wirtschaft zu dienen haben und skrupellos auszunutzen sind, sondern umgekehrt die Wirtschaft dem Menschen dienen und ihm eine bestmögliche Lebenshaltung gewähren soll, ist heute Gemeingut geworden...“ Auf die reale Politik des ÖGB hatte das allerdings keine Auswirkungen. Anstatt das antikapitalistische Bewusstsein aufzugreifen und diese Gesellschaftsform zu überwinden, etablierte sich der ÖGB zu ihrem Retter. Mit Phrasen und Sonntagsreden wurde gegen den Kapitalismus gewettert, in der Realpolitik den radikal, kritischen Stimmen – wie während des Oktoberstreiks - das Wasser abgegraben.

FÜR KÄMPFERISCHE UND DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN

Bis heute ist sich die ÖGB Bürokratie in den meisten dieser Punkte selbst „treu“ geblieben. Innergewerkschaftliche Demokratie ist noch immer ein Fremdwort und Gewerkschaftstage finden unter Ausschluss der Gewerkschaftsbasis statt. Und trotz der durch die Basis der Bürokratie „aufgezwungenen“ Klassenkämpfe in den letzten Jahren, sieht ÖGB Präsident seine Rolle noch immer als „Vermittler“.

Aus diesem Grund hat sich die „Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaft“ gebildet. In ihr streiten GewerkschaftsaktivistInnen, BetriebsrätInnen und SchülerInnen für einen Richtungswechsel des ÖGBs hin zu einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik. Ganz nach dem Motto „Handeln statt Verhandeln!“ ist jede/R eingeladen sich uns anzuschließen.

Alle Zitate des Artikels stammen aus: „Wille zum Aufbruch. Politische Texte zum 1. ÖGB-Kongress und zur Konstituierung der Arbeiterkammern in der Zweiten Republik“, Hsg: ÖGB, Wien 1999





## Für einen konsequenten sozialistischen Antikapitalismus!

Verlogener "Antikapitalismus" von Müntefering bis BFJ

Von Jan Rybak SLP Salzburg

Während sich Alfred Gusenbauer noch schaumgebremst gibt ("Es gibt Auswüchse, die für die Menschen einfach nicht mehr verständlich sind"), versuchte SPD-Chef Müntefering im Wahlkampf - erfolglos - mit dem Vergleich von Kapitalisten und Heuschrecken, die von einem Land ins andere ziehen um es auszubeuten, zu punkten.

SOZIALABBAUER ALS ANTIKAPITALISTEN?

Diese Aussage trifft zwar durchaus die Gefühlslage vieler ArbeitnehmerInnen - nur sie kommt von einem der rechtensten SPD-Politiker. Die SPD schreibt sich aber damit noch lange keinen konsequenten Antikapitalismus auf die blasse

rosa Fahnen. Ganz im Gegenteil - dort wo die SPD an der Macht ist, vertritt sie mit ganzer Kraft und allen Konsequenzen den Kapitalismus, setzt massive Verschlechterungen für die ArbeiterInnenklasse, wie z.B. Hartz IV durch, senkt die Steuern für große Unternehmen, ... diese Liste lässt sich beliebig erweitern. Wenn sich Müntefering nun gegen den "Heuschreckenkapitalismus" auftritt, ist dies nur verlogener Populismus - auch wenn dieser aufzeigt, dass ein immer größerer Teil der ArbeiterInnenklasse dem Kapitalismus kritisch gegenüberstehen.

RECHTER ANTIKAPITALISMUS?

Das dieser "Antikapitalismus" nichts mit der politischen Realität dieser Pseudo-AntikapitalistInnen zu tun hat, zeigt sich dadurch, dass selbst der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sich gegen die "großen Global Players" aussprach, die "genau so frei agieren wie die Mafia, die Drogendealer, die Terroristen." Bei der Gründung des BZÖ sprach sich auch Haider gegen den globalen Kapitalismus aus stieß damit in eine ähnliche Richtung wie der Bund Freier Jugend (BFJ), der sich mittlerweile als Aktion Sichere Zukunft (ASZ) mit dem traditionellen Satz der globalisierungskritischen Bewegung "eine andere Welt ist möglich" schmückt. Was steckt hinter dem "Antikapitalismus" von RechtspopulistInnen und -extremen? BFJ/ASZ versuchen mit ihren vordergründig linken Aussagen an den "Antikapitalismus" der NPD im Rahmen der Montagsdemos anzu-

schließen. In Wahrheit kämpfen BFJ/ASZ nicht für eine "andere Welt" sondern für das Recht des "Starken" in noch brutalster Form, sowie gegen die Rechte und internationale Gegenwehr der ArbeiterInnenklasse.

ANTI-KAPITALISMUS?  
JA, ABER KONSEQUENT!

In den 80er und 90er Jahren wurde der Kapitalismus von den Herrschenden nie als solcher bezeichnet, sondern als "Marktwirtschaft" - das sollte wohl netter klingen war aber der gleiche Wahnsinn von gigantischen Profiten und Reichtum auf der einen und bittere Armut und Ausbeutung auf der anderen Seite. Immer mehr ArbeiterInnen und Jugendliche erkennen, dass dieses System kein gerechtes und menschenwürdiges Leben für die Mehrheit der in ihm lebenden Menschen schaffen kann. Was Münteferings Heuschreckensager in diesem Zusammenhang aufzeigt sind die Gefahren, die sich aus einem inkonsequenten Antikapitalismus ergeben können: Sehr leicht wird man verwechselbar mit Rechtsextremen, die den Populismus im Regelfall besser verbreiten können." Antikapitalismus ist ohne Zweifel wieder gefragt, nur muss er konsequent und glaubhaft sein. Konsequenter Antikapitalismus bedeutet sich nicht den "Regeln des Marktes" zu unterwerfen und organisiert gegen Faschismus, Frauenunterdrückung, Sozialabbau und Kapitalismus zu kämpfen - und für eine freie, gerechte Welt ohne Ausbeutung - für Sozialismus.

## Olympia - Nein Danke!

"Todesstoß für Olympia in Salzburg" titelte die "Kronen Zeitung" als der Elisabethner Bürgermeister ablehnte das olympische Dorf in seiner Gemeinde bauen zu lassen - die EinwohnerInnen hatten sich mit überwältigender Mehrheit gegen Olympia 2014 ausgesprochen. Mittlerweile suchen SPÖ, ÖVP, Wirtschaftskammer, etc. krampfhaft nach einem neuen Bauplatz für das olympische Dorf, nur will dieses aus berechtigten Gründen keine Gemeinde haben.

Im Juni soll im Gemeinderat entschieden werden, ob sich die Stadt nun um die Austragung der Winterspiele 2014 bewerben wird. Bürgermeister Schaden (SPÖ) hatte nach dem eindeutigen Ausgang der Volksbefragung im April (60,53% der Stadt-SalzbürgerInnen stimmten gegen Olympia) bereits angedroht "die Tür zu Olympia nicht zuschlagen" zu wollen. Vereinfacht ausgedrückt heißt das, dass es ihm egal ist, was die SalzburgerInnen denken. Im Interesse der Wirtschaft setzt er sich über deren Willen hinweg. Auf der einen Seite wird von vielen Goldmedaillen geträumt - auf der anderen Seite von einem Arbeitsplatz. In Salzburg sind über 3000 Jugendliche arbeitslos. Vielen von ihnen hätte mit den 7 Mio. Euro, die die letzte Bewerbung gekostet hat eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz verschafft werden können - aber das Interesse der Regierung liegt anscheinend anderswo.

## Aktive SozialistInnen mit klarem Programm

Ein Bericht über die Aktivitäten der SLP im Mai

SLP-Büro, Wien

Der Mai war - trotz wechselhaftem Wetter - ein aktiver Monat für die SLP. Es gab eine Reihe von Demonstrationen, Aufmärschen und Kundgebungen. Am Anfang standen die Maiäufmärsche an denen sich die SLP in Wien, Linz und Salzburg beteiligte. Noch in den Tagen davor hatten wir in Linz eine Reihe von Kundgebungen gegen den rechts-extremen BFJ (bzw. seine Tarnorganisation Aktion sichere Zukunft) durchgeführt. Der 1. Mai selbst begann dann auch mit einem Beitritt zur SLP, weil, so meint Samuel (14) "Die SLP ist die einzige Partei, die den ArbeiterInnen hilft und sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert - dafür steht der 1. Mai und deshalb auch mein Beitritt am 1. Mai"

Antifaschistische Arbeit war auch im Mai ein Schwerpunkt. Am 8. Mai

zuerst bei der Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen, wo wir (trotz Eisregens) ganz praktisch auf die internationale Dimension des Kampfes gegen Faschismus und Kapitalismus hinweisen konnten: Neben dem österreichischen "Vorwärts" hatten wir auch Zeitungen unserer Schwesterparteien aus Deutschland, Polen, Italien und Britannien mit dabei. Insbesondere italienische Jugendliche waren von diesem Internationalismus in der Praxis begeistert. Am Abend ging es dann weiter zur antifaschistischen Demonstration anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus. Mit dieser Demo konnte der geplante Nazi-aufmarsch verhindert werden. Inhaltlich lieferte die SLP mit der Broschüre "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" einen Gegenpol zur Regierungspropaganda, der die Ursa-

chen des Faschismus, der im Kapitalismus wurzelt, aufzeigt.

PROGRAMM NICHT EGAL

Daß das Programm nicht egal ist, zeigte die Menschenkette am 7. Mai vor dem Parlament gegen die EU-Verfassung. Obwohl von "Linken" organisiert, war sie inhaltlich so breit, dass nicht nur die Kronen-Zeitung dazu aufrief, sondern unter den TeilnehmerInnen fanatische Strache-Anhänger, Nazis und andere Rechte keine Seltenheit waren. Eine "Breite", die weder zu einer größeren Teilnahme, noch zum Erfolg führte. Die SLP steht für ein sozialistisches Programm - wir sind gegen die EU, aber nicht jedeR, der/die auch gegen die EU-Verfassung ist, ist ein BündnispartnerIn. Die EU-Verfassung ist ein Angriff der Reichen & Mächtigen auf die ArbeiterInnenklasse. Daher muss

sich auch die ArbeiterInnenklasse dagegen organisieren und dagegen kämpfen. Und dabei haben Rechte nichts zu suchen. Weil ihre Antwort nur (nationaler) Sozialabbau und Rassismus ist. Und weil das Programm eben nicht egal ist, hat sich die SLP am 21.5. in Salzburg zu einem Seminar getroffen, bei dem es u.a. um internationale Entwicklungen und SLP-Aktivitäten angesichts der Salzburger Olympia-Bewerbung ging. Und alle, denen das Programm auch nicht egal ist, sind eingeladen, sich an den Aktivitäten und Diskussionen der SLP zu beteiligen.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauer-auftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

## SLP IN EIGENER SACHE

### Die SLP-Treffpunkte:

#### SLP-Ortsgruppe Wien-Nordost

Jeden Mi. um 19.00 Uhr, Café Feile, 2., Novaragasse 39

#### SLP-Ortsgruppe Wien-Süd

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

#### SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jd. Di. um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, Raum 14, 7., Stiftg. 8

#### SLP-Ortsgruppe Wien-Nordwest

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

#### SLP Oberösterreich

Jeden Montag, 17.30 Uhr "Alte Welt" (im Keller), Hauptplatz 4, Linz

#### SLP Salzburg

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.30 Uhr im "Shakespeare", Hubert-Sattler-Gasse 3, Salzburg

#### SLP Niederösterreich

Unregelmäßige Treffen im Raum Ybbs. Bitte Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen.

### Die SWI-Treffpunkte:

#### SWI in Wien

jd. Montag, 17.30 im Amerlinghaus, Wien 7., Stiftgasse 8.

#### SWI in Salzburg

jd. Di. 19.30 Uhr im "Shakespeare", Hubert-Sattler-Gasse 3

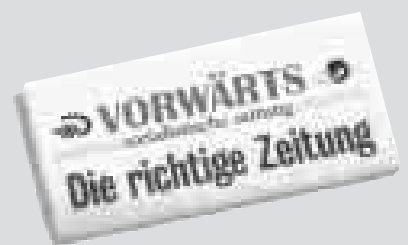
#### SWI in Niederösterreich

Unregelmäßige Treffen im Raum Ybbs. Bitte Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen.

## 1. Juli: SLP-Sommerfest

mit Grillen, Tanzmusik, politischen Informationen, u.v.m.

ab 15 Uhr, "Botschaft der besorgten BürgerInnen", am Donaukanal auf Seite des 2. Bezirks gegenüber der Urania U1/U4 Schwedenplatz, rechts über Brücke, dann 100 m



**VORWÄRTS** ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

**VORWÄRTS** ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

**VORWÄRTS** ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

**Abonnement bestellen:**

Tel.: 01/524 63 10 oder Online auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

# www.slp.at



Die Website der Sozialistischen LinksPartei - jetzt in neuem Gewand, mit mehr und aktuellerem Inhalt. Jetzt besuchen!





Neues aus dem CWI

Achtungserfolg in Belfast

**Nordirland:** Bei den Kommunalwahlen am 5. Mai, trat die Socialist Party in insgesamt 4 Wahlkreisen. Das Ergebnis von ca. 1,5% in zwei Wahlkreisen in Belfast stellten eine knappe Verdreifachung des Stimmenanteils seit den Wahlen zur Regionalversammlung vor zwei Jahren dar, in den anderen Wahlkreisen kandidierte die Partei zum ersten Mal, in Cookstown bekam sie 1,8% und in Enniskillen ein hervorragendes Ergebnis von fast 5%, wobei 150 Stimmen mehr eventuell für den Einzug in den Gemeinderat gereicht hätten. Viel wichtiger als die prozentualen Ergebnisse war die Tatsache, dass die Wahlkämpfe genutzt werden konnten, um der diskreditierten neoliberalen Sackgassenpolitik der etablierten Parteien eine klare sozialistische Alternative entgegenzusetzen. Während sich die vier großen Parteien sich nur um die eine oder andere „Seite“ kümmerte, ging die Socialist Party bewusst in Katholische und Protestantische Arbeiterviertel, und wurde dort freundlich und interessiert aufgenommen. 1300 verkaufte Zeitungen und zahlreiche Personen, die an einer Mitarbeit in der Kampagne gegen die Wassergebühren interessiert sind, sind optimistisch stimmende Zeugnisse des Potentials für eine politische Alternative der nordirischen ArbeiterInnenklasse.

4.000 AktivistInnen besetzen Telekom

**Pakistan:** Die Musharraf Regierung hat mit einem 1.7 Milliarden USD Privatisierungsprogramm begonnen. Herzstück ist die „Pakistani Telecommunications Ltd (PTCL)“ die jedes Jahr mehr als eine halbe Milliarde Euro Profit abwirft. 50 % der Arbeitskräfte drohen ebenso wie lebenswichtige Infrastruktur eingespart zu werden. Seit Wochen habe TelekomarbeiterInnen begonnen dagegen zu mobilisieren. Die Kampagne wird koordiniert von einem Trade Union Action Committee, und der Trade Union Rights Campaign – Pakistan. 61.000 pakistanische TelekomarbeiterInnen befinden sich im Streik und haben nun die Telekomzentrale besetzt. Brutale Räumung und Repression droht!

Weitere Infos und Musterresolution unter: <http://www.socialistworld.net>

# Irland: Schwesterpartei der SLP deckt Skandal auf

## Erfolgreicher Kampf mit türkischen Arbeitern

von Ken Horvath, SLP Wien

DER SKANDAL

Der türkische Baumulti GAMA beschäftigt in der Republik Irland rund tausend Arbeiter, überwiegend türkischer Herkunft. Sie mussten regelmäßig 80 Stunden und mehr pro Woche arbeiten – für einen Stundenlohn zwischen 2 und 3 Euro. Lohnzettel haben die ArbeiterInnen nie zu Gesicht bekommen. Aufzeichnungen über Arbeitszeiten hat das Unternehmen – eigenen Angaben zufolge – vernichtet. Einen großen Teil der Löhne, insgesamt mindestens 30 Millionen Euro, hat GAMA einfach unterschlagen: Er landete auf Konten der holländischen „Finansbank“. Die Konten lauten zwar auf die Namen der türkischen Arbeiter – diese wussten aber nichts von ihrer Existenz. Jene, die über mehrere Jahre bei GAMA in Irland beschäftigt waren, haben bis zu 60.000 Euro „angespart“, im Schnitt kommt jeder Arbeiter auf 15.000 Euro.

Noch mehr dürfte die Summe der ausständigen Löhne für Überstunden ausmachen. Deren Auszahlung wird durch das Fehlen von Arbeitszeitaufzeichnungen erschwert.

DER ARBEITSKAMPF

Wäre nicht die „Socialist



Joe Higgins, auf den Schultern der GAMA-Arbeiter. Eine von mehreren Demonstrationen der Arbeiter.

Party“ auf die Zustände bei GAMA aufmerksam geworden, der Konzern hätte noch jahrelang weiter werken können. Die Bedingungen für einen Arbeitskampf waren denkbar schlecht: Die türkischen Männer sprechen kaum Englisch und waren anfangs aus Angst um ihren Job sehr zurückhaltend. Nach Monaten von Gesprächen und Recherchen brachte Joe Higgins, Parlamentarier der Socialist Party, das Thema im Parlament auf.

Erst aufgrund des nun entstehenden Drucks kam die Existenz der holländischen Konten zutage. Irische Arbeitsinspektoren mussten sich mit GAMA beschäftigen – und das ganze Ausmaß der dramatischen Zustände bestätigen. 350 Arbeiter legten für Wochen die Arbeit nieder. Ih-

re beiden wichtigsten Forderungen waren die sofortige Überweisung der bei der Finanzbank liegenden Beträge auf ein Konto ihrer Wahl und die volle Bezahlung der geleisteten Überstunden. Einige Forderungen, darunter jene zur Finanzbank, konnten bereits durchgesetzt werden. Die Bezahlung der Überstunden wird wahrscheinlich vor Gericht geklärt. Vor allem haben die ArbeiterInnen, auch dank der Präsenz von Joe Higgins im Parlament und damit in den Medien, wiederholt Angriffe abwehren können. Neben der Bedrohung der in der Türkei gebliebenen Familien drohte GAMA wiederholt mit Entlassungen.

„GASTARBEIT“ IN IRLAND

Das Vorgehen von GAMA

wurde letztlich nur durch die Zuwanderungspolitik der irischen Regierung – vergleichbar der GastarbeiterInnenpolitik in Österreich und Deutschland – möglich. Das Aufenthaltsrecht der ArbeiterInnen gilt nur für die Dauer der Beschäftigung. Die Beschäftigungsbewilligung wird dem Unternehmen, nicht der/dem ArbeiterIn ausgestellt. Dadurch sind gerade jene, die aus Ländern mit hohem Armuts- und Arbeitslosigkeitsniveau kommen, den Unternehmen vollkommen ausgeliefert. Die Unterkünfte für die ArbeiterInnen werden von den Unternehmen zur Verfügung gestellt – im Fall von GAMA teilten sich jeweils sechs Personen ein Zimmer in einer Baracke. In Verbindung mit den bestehenden Sprachschwierigkeiten ergeben sich

für Konzerne wie GAMA ideale Rahmenbedingungen. Der irische Staat hat seinerseits profitiert: Bauvorhaben konnten weit unter den üblichen Preisen fertig gestellt werden. GAMA war außerdem für die schnelle Umsetzung von Bauprojekten bekannt: bei 80 Stunden die Woche ohne Unterbrechung bei Schlechtwetter nicht weiter verwunderlich.

DIE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN

Praktisch alle bei GAMA beschäftigten TürkInnen waren Mitglieder der SIPTU – der größten irischen Gewerkschaft mit einem Mitarbeiterstab von mehreren hundert Personen. Auch sie zeichnete sich in den vergangenen Jahren hauptsächlich durch Ignoranz und Untätigkeit aus. Gewerkschaftsfunktionäre wollen über Jahre nichts von den Missständen bemerkt haben. Im Einklang mit den Konzernen arbeiten EU und nationale Regierungen daran, Arbeitsbedingungen und Löhne weiter zu verschlechtern. Der Arbeitskampf der GAMA-Arbeiter ist ein Beispiel dafür, wie ArbeiterInnen unterschiedlicher Herkunft gemeinsam die neoliberale Logik durchbrechen können. Nicht umsonst haben sich große Teile der irischen ArbeiterInnenklasse mit den Streikenden solidarisch gezeigt.

# Schröder scheitert an Hartz IV!

Ein Blick zu unserer deutschen Schwesterorganisation nach dem wahlpolitischen Erdbeben an Rhein und Ruhr

von John Evers, SLP Wien

Unsere deutsche Schwesterorganisation „Sozialistische Alternative“ hat mehrere hundert aktive Mitglieder in über zwei Dutzend Städten und Orten und arbeitet aktiv in der neuen Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“ (WASG), die bei ihrem erstmaligen Antreten in Nordrheinwestfalen 181.886 Stimmen (2.2 %) erhielt.

QUITTUNG FÜR SOZIALABBAU

Die totale Niederlage für Rot-Grün im ehemaligen SPD-Stammland drückt die Wut über die soziale Regierungspolitik, aber auch den tiefen Wandel der SPD zu einer bürgerlichen Partei aus. Bei ArbeiterInnen und Gewerkschaftsmitgliedern verlor die SPD gegenüber der letzten Wahl überdurchschnittlich, nämlich mehr als 9 Prozentpunkte. Unter dem gewaltigen Druck der ArbeiterInnenklasse, aber auch der Unternehmenseite die immer neue „Opfer“ verlangt, haben sich Schröder und Co. nun für Neuwahlen entschlossen. Dieser Schritt richtet sich auch

gegen die WASG, der durch die kurze Vorbereitungszeit die Möglichkeit eines starken Antretens geraubt werden soll.

BILANZ DES WASG-WAHLKAMPFES

„Die Väter und Mütter des WASG-Erfolgs sind die 1.500 Mitglieder an Rhein und Ruhr, die unermüdlich den Plakat und Straßenwahlkampf bestritten haben und dazu einen Etat zur Verfügung hatten, der nur ein Drittel des PDS-Etats ausmachte. Es besteht kein Zweifel: Mit doppelt so vielen Mitgliedern und einem Etat von zwei Millionen Euro wäre die WASG in den Landtag eingezogen.“ meint Sascha Stanicic, Bundessprecher der SAV. Bereits den Namen „WASG“ verbinden viele allerdings mit wenig klaren Vorstellungen - weder die Kapitalismusdebatte wurde von der WASG offensiv geführt noch wurde entschlossen in betriebliche Auseinandersetzungen interveniert. Angesichts des Zeitdrucks und der insgesamt mit 6.000 Mitgliedern noch immer schwachen Basis, muss diese Partei jetzt die neue Bekanntheit nutzen

und selbstständig in die Offensive gehen.

BÜNDNIS MIT DER PDS, KANDIDIERT LAFONTAINE?

Am Tag an dem Oskar Lafontaine ein Bündnis mit der PDS forderte (24.5), streikten 11.000 Berliner Verkehrsbedienstete gegen die SPD/PDS-Landesregierung. Alleine das beweist, dass ein Zusammengehen der WASG mit der PDS ein enormes Risiko bedeutet, sich genau von jenen Menschen abzuschneiden, welche die Nase voll vom Sozialabbau haben. Voraussetzung für ein Bündnis ist daher ein Austritt der PDS aus allen Landesregierungen. Eine Kandidatur Lafontaines würde sicher den Bekanntheitsgrad der WASG steigern. Lafontaine stand allerdings als Ministerpräsident und Finanzminister nicht für eine linke Politik. Auch hier sind deshalb klare Verhältnisse wichtig: Die WASG lehnt jegliche Kürzungen auf dem Rücken der Masse der Bevölkerung ab. Die WASG muss jegliche Regierungsbeihilfen mit Parteien, die Kahlschlag und Kürzungen umsetzen, ausschließen.



Oben: Wahlplakat der WASG. Mehr Informationen unter [www.w-asg.de](http://www.w-asg.de). Ausführliche Auseinandersetzung mit der Politik der WASG auf der Homepage unserer deutschen Schwesterorganisation SAV [www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info). Dort kann auch ein Abo der SAV-Zeitung „Solidarität“ (Abbildung links) bestellt werden.

# VORWÄRTS

## sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 147

Juni 2005

Die SLP an vorderster Front im Kampf gegen die Umtriebe des rechtsextremen BFJ in Oberösterreich.



# Skandal: Staatspolizist setzt SLP mit Nazis gleich!

*Verkehrte Welt in Linz: Mobilisierung verhinderte Nazi-Fackelzug – jetzt droht die Polizei den AntifaschistInnen*

Franz Breier jun., SLP Wien

Gegen die Umtriebe des rechtsextremen "Bund freier Jugend" (BFJ) sind SLP und die Kampagne "Gemeinsam gegen rechtsextreme Gewalt und Rassismus - stopBFJ" seit langem maßgeblich aktiv. Der zuständige Chef der Staatspolizei in Oberösterreich (= "Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung" (LVT)), Mag. Tischlinger, hat nun in einer Ausgabe der "Welscher Rundschau" die SLP attackiert und mit der Gefahr des Rechtsextremismus gleichgestellt. Tischlinger wird in diesem Artikel zitiert: „Seit die rechtsextreme Gruppierung auftritt, tut sich auch am linken Spektrum etwas. Etwa mit der ‚Sozialistischen Linkspartei‘. Und wir können nicht einerseits den Rechten ihre Flugzettellaktionen und den Fackelzug in Linz untersagen, aber andererseits den extremen Linken erlauben, zu tun, was sie wollen.“

VON WEM GEWALT AUSGEHT

Der Verfassungsexperte DDr. Mayer stellt in einem Gutachten über den rechtsex-

tremen BFJ "... eine hetzerische Sprache mit deutlich aggressivem Ton gegen Ausländer, Juden und 'Volksfremde' ..." fest. Der BFJ ist für eine Reihe von Nazi-Gewalttaten, die in den letzten Monaten in OÖ stattfanden, politisch mitverantwortlich. Er hat intensive Kontakte zur deutschen Nazi-Szene. Derzeit läuft ein Verfahren wegen Verdacht auf nationalsozialistische Wiedertätigkeit. Die SLP mobilisiert demgegenüber In- und AusländerInnen, um gemeinsam die tatsächlich existierende rechtsextreme Gewalt zu stoppen. Darin sind wir „schuldig“. Ja, wir sind auch aktiv gegen Sozialabbau. Gewalt ist das, was die Regierung mit ihrer Kürzungspolitik allen jenen Menschen antut, die an oder unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Gerade Armut und Zukunftsängste können von Rassisten und Rechtsextremisten für ihre Hetze ausgenutzt werden.

HOFFEN AUF DIE POLIZEI?

Die Aussage Tischlingers beweist nun, dass es völlig richtig war und ist, auf starke antifaschistische Mobilisierungen zu setzen, anstatt sich auf Po-

lizei-Maßnahmen gegen Nazi-Treffen der letzten Monate zu verlassen und zurückzulehnen. Besonders vertrauenswürdig ist die bisherige Vorgangsweise der Behörden nun auch nicht gewesen. 2003 und 2004 sahen sie noch keinen Grund, BFJ-Treffen aufzulösen, obwohl es bereits antifaschistische Proteste gab. Die Gefährlichkeit der Nazi-Szene wurde offensichtlich lange Zeit bewusst oder unbewusst verkannt. Auf der Homepage der antirassistischen Initiative „no-racism.net“ wird eine Aussage Tischlingers gegenüber den Medien zitiert: „Ein Bursch soll eine Glatze, ein anderer einen Irokesenhaarschnitt haben. In Linz ist derzeit keine Neonazigruppe bekannt“. Hingegen sorgten die großen Kundgebungen und Demos in Oberösterreich seit 2003 (in Ansfelden, Braunau, Steyr und v.a. in Linz) für großen Druck, der sich nun auch auf die Behörden ausgewirkt hat. Noch wichtiger als das ist, dass unter antifaschistischen Jugendlichen heute mehr Selbstbewusstsein im Kampf gegen den Rechtsextremismus existiert als vor einigen Jahren. Der vom BFJ geplante „Fk-

kelzug“ am 23. April in Linz wurde nur drei Tage zuvor angekündigt. Binnen 24 h wurden von uns rund 2000 Flugblätter für die antifaschistische Gegenkundgebung verteilt. Am 23.4. nahmen schließlich 300 Menschen am Hauptplatz teil, um gegen jene Versuche von Nazi-Kundgebungen aufzutreten. Das sind unsere Methoden mit denen wir auch gute Erfahrungen gemacht haben. Wenn die Polizei unter gewissen Bedingungen neuerdings auch gegen Nazi-Aktivitäten vorgehen will – wir hindern sie sicher nicht daran!

WIRD STAATSPOLIZIST TISCHLINGER MIT SLP ÖFFENTLICH DISKUTIEREN?

Vielleicht hat sich Herr Tischlinger falsch ausgedrückt und bedauert das heute. Er könnte das dadurch klären, indem er uns sowie anderen Medien eine Erklärung abgibt, in der er seine Aussage zurücknimmt. Wir haben keine Scheu, unsere Ideen und Methoden darzustellen. Die SLP ist gerne bereit, auf Herrn Tischlingers Ausführungen vor der Öffentlichkeit und den Medien in einer Diskussions-

veranstaltung ausführlich zu antworten. Das böte auch dem Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung die Möglichkeit, den Inhalt jener dicken Aktenmappe, die dem Vernehmen nach über die SLP erstellt wurde, einem breiteren Publikum zu präsentieren. Was hat das LVT-OÖ der SLP konkret vorzuwerfen? Herr Inspektor, sie haben das Wort! Wir haben bereits breite Solidarität aus verschiedenen politischen Organisationen und von KünstlerInnen erhalten. Wir rufen weiterhin alle antifaschistisch gesinnten Menschen, Gruppierungen und Organisationen auf, gegen die Gleichsetzung von Antifaschismus mit Rechtsextremismus zu protestieren. Selbstverständlich werden die Listen der privaten UnterzeichnerInnen NICHT dem LVT-OÖ ausgehändigt. ► Listen zum selbst Sammeln gibt's auf [www.slp.at](http://www.slp.at)!

TERMIN

Montag, 20.06.2005, Linz

„Die NPD in Deutschland: das Vorbild des österreichischen rechtsextremen BFJ“ SLP OÖ, 17.30 Uhr, Linz, „Alte Welt“, Hauptplatz 4

## Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) Web [www.slp.at](http://www.slp.at)